

D-2 Einigung beim Klimaschutzgesetz: Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung entlassen!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Die LDK beschließt folgenden Antrag zur nächsten BDK einzureichen:
2

3 Mit der im Bundestag beschlossenen Einigung zum Solarpaket wurden die
4 Voraussetzungen für
5 den Ausbau von PV-Anlagen deutlich verbessert. Für Mieter ist es jetzt einfacher
6 geworden,
7 den Strom, der auf dem Haus, das sie bewohnen, gewonnen wurde, auch billig zu
verbrauchen.

Die Ziele für den Ausbau von Agrar-PV wurden erhöht und bekommen zusätzliche
Förderung. Die
Installation von Balkon-Solaranlagen wurde vereinfacht. Das ist gut so.

8 Die gleichzeitig gefundene Einigung zum Klimaschutzgesetz hingegen ist eine
9 Verschlechterung
10 gegenüber dem Status Quo. In Zukunft besteht nur dann eine Verpflichtung zum
11 Eingreifen,
12 wenn die Klimaziele zwei Jahre in Folge gerissen werden. Das ist frühestens 2026
13 der Fall.

14 **Die aktuelle Bundesregierung ist somit auf Basis dieses Klimaschutzgesetzes ein
15 für alle mal**

16 **aus der Verantwortung entlassen.** Werden die Klimaziele gerissen, sind einzelne
17 Sektoren in

18 Zukunft grundsätzlich nicht mehr verbindlich dazu verpflichtet nachzusteuern,
19 auch wenn sie

als Ursache des Problems identifiziert wurden. All das wurde am gleichen Tag
verkündet, als

der Verkehrsminister vom Expertenrat für Klimafragen eine erneute massive
Zielverfehlung

bescheinigt bekommen hat. Der Verkehrssektor ist auch der Grund, warum
Deutschland die Ziele

der europäischen Lastenteilungsverordnung aller Voraussicht nach nicht einhalten
wird. Tritt

das ein, werden Zahlungen in Milliardenhöhe an Mitgliedstaaten fällig, die ihre

Klimapolitik
im Griff haben.

20 In der Diskussion um das Klimaschutzgesetz hat sich die SPD auf passive
21 Anwesenheit
22 beschränkt. Eine SPD-Ministerin hatte die Sektorziele in der letzten Koalition
23 durchgesetzt,
24 der Bundeskanzler hat aber nichts getan, um diesen Erfolg zu verteidigen. Die FDP
25 hingegen
26 hat sich zum Ziel gemacht, dem Kampf um die Beschränkung der Klimakrise aktiv im
27 Weg zu
28 stehen, und das nicht zum ersten Mal. Die FDP hat das Solarpaket als Geisel
29 genommen;
30 einerseits um sinnvolle Maßnahmen wie den Resilienzbonus aus dem Solarpaket zu
31 streichen,
andererseits um sich ihrer Verantwortung für Klimaschutz im Verkehr zu
entledigen, indem sie
das Klimaschutzgesetz entkernen. Das Klimaschutzgesetz war zuletzt auf Anlass
eines
Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts geändert worden, weil durch mangelnden
Klimaschutz
in der Gegenwart die Gefahr von drastischen Freiheitseinschränkungen in der
Zukunft führt.
Die FDP tut alles in ihrer Macht stehende, um diese Freiheitsbeschränkungen in
der Zukunft,
zu Lasten der kommenden Generationen Realität werden zu lassen.

32 **Der Verkehrssektor muss endlich einen Teil zum Klimaschutz beitragen und als**
33 **Mitglied der**
34 **Bundesregierung ist es unsere Pflicht als Grüne das einzufordern.** Zuletzt war die
35 Bundesregierung, und insbesondere der Verkehrsminister, dazu verurteilt worden,
36 ein
37 ausreichendes Sofortprogramm im Verkehr vorzulegen. Durch die Änderung des
38 Klimaschutzgesetzes wird diesem Urteil nun die Rechtsgrundlage entzogen. Für die
39 FDP mag das
40 ein Erfolg sein, für den Klimaschutz ist es ein herber Rückschlag. Das
41 Umweltbundesamt macht
42 seit Jahren Vorschläge, wie ein Klimaschutzprogramm im Verkehrssektor, mit dem
43 die
44 Klimaziele des Sektors eingehalten werden können, aussehen kann. Aus unserer
45 Sicht sollte so
46 ein Programm noch in diesem Jahr ein Tempolimit von mindestens 120 km/h auf
Autobahnen, den
Ausbaustopp des Autobahnnetzes, die notwendigen Investitionen in die Erhaltung
der
Bahninfrastruktur und das Verbot von Kurzstreckenflügen beinhalten. Auch

Klimaschädliche

Subventionen wie das Dienstwagen- oder Diesel-Privileg könnten in wenigen Monaten abgeschafft werden. Mindestens ein solches Sofortprogramm sollten wir von unserem Koalitionspartner einfordern, anstatt ihn mit einer Änderung des Klimaschutzgesetzes aus der Verantwortung zu entlassen.

47 **Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir**
48 **schieben keine**
49 **Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld gegenüber zukünftigen**
50 **Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent so in der**
51 **Bundesregierung**
handhaben. Aus diesem Grund drücken wir unsere Solidarität mit allen Grünen
Abgeordneten,
die sich entschieden haben, gegen das Klimaschutzgesetz zu stimmen, aus.